



Das Problem, von dem hier die Rede sein wird, führte bereits im alten China zu der Erkenntnis: Die Vernunft ist für den Weisen, das Gesetz für den Unweisen. Da sich aber die Menschheit mehrheitlich unweise zu verhalten pflegt, ist seit Hammurabi und Moses des Gesetzemachens kein Ende. Freilich reichen die Zehn Gebote, die Magna charta libertatum, die verschiedenen Verfassungen und Satzungen, die Sittenkodizes geistlicher und weltlicher Moralisten nicht mehr aus, um unsere komplexe Gesellschaft in geregelten Bahnen zu führen. Dichter, Denker und Staatenlenker haben sich dazu geäußert, die meisten allerdings in der Vor-Metternich-Zeit. Doch mit dem Aufkommen des Parlamentarismus' stieg die Gesetzesflut bis heute derart an, daß der von lauter Zwängen bedrängte Staatsbürger glauben mag, ein absolutistischer Herrscher wolle ihn in einen Käfig sperren. Dabei sind es seine, von ihm gewählten Volksvertreter, die – obwohl vielleicht gut gemeint – des Schlechten oft zu viel tun.

„Wenn es nicht notwendig ist, ein Gesetz zu machen, dann ist es notwendig, kein Gesetz zu machen.“ (Montesquieu)

Unsere Gesetzgeber halten davon nichts. Anstatt im verstaubten Rechtsgerümpel einmal ordentlich aufzuräumen, wird fleißig Neues produziert. Egal, ob es vom Sinn, Inhalt oder Text her verständlich ist, geschweige denn von einer klaglosen Vollziehbarkeit. Der Ausdruck „Husch-Pfusch-Gesetz“ kommt ja nicht von ungefähr. Mietengesetz, Universitätsorganisationsgesetz, Ausländeraufenthaltsgesetz mögen als unguete Beispiele dienen. Die Juristen an der vordersten Front können einem leid tun. Sie werden wohl ihre Schwimmübungen forcieren müssen, um in dem Schwall nicht fortgespült zu werden.

Verordnungen und Erlässe sind leichter durchzuboxen als Gesetze. Was zwar nicht immer gelingt. Straßenverkehr, Sozialversicherung, Gesundheitswesen, Umweltschutz, Schulwesen, alle Sparten der Wirtschaft und vor allem die Neueinführung und Erhöhung von Gebühren sind der bevorzugte Tummelplatz jener Regierenden, die sich durch Gefälligkeiten oder wegen nicht ausreichender Profiltiefe in den Vordergrund stellen wollen. Reine Geldbeschaffungsaktionen, auf dem Verordnungswege, lassen sich leider nicht verschleiern. Andererseits kann preiskartellähnliches Verhalten der Geld-, Versicherungs- und Mineralölwirtschaft getrost toleriert werden. Es genügt, diesbezügliche Einwände der Konsumenten-

tenschützer nicht zur Kenntnis zu nehmen.

So wird der Staatsbürger zum „verstaatlichten Bürger“, mit dem man machen möchte, was man will. Er muß ja nicht gefragt werden. Und wenn er in seinen minimalen Freiheiten beschnitten wird, hat er sich damit ganz einfach abzufinden. Zu seiner Beruhigung, meistens aber zu seinem Nachteil, lassen sich Gesetzesnovellen anhängen, manchmal dutzendweise.

Was ihm, dem Bürger, „geboten“ wird für sein Geld, ist wenig. Was ihm „verboten“ ist, und welche Verdikte er dauernd im Kopf haben muß, um keine Strafgeelder zu berappen oder Schlimmeres auszufassen, ist enorm. Allein, was Bund, Länder, Städte und Gemeinden dem Autofahrer an Vorschriften und Kosten aufhalsen, geht auf keine Kuhhaut bzw. in keinen Kofferraum. Welcher Grazer Hundebesitzer, beispielsweise, weiß genau, zu welchen Nachtstunden sein Vierbeiner bellen darf, und welche Mindestentfernung zum nächsten Wohnobjekt er dabei einzuhalten habe? Reglements dieser Art können seitenlang aufgezählt werden. Wie kann man sich noch außer Haus trauen, ohne Gefahr zu laufen, schon im nächsten Moment straffällig zu werden? Bitte, daß „Grapsch-Praktiken“ am Arbeitsplatz nicht geduldet werden müssen, ist einzusehen. Derzeit läuft eine diesbezügliche Campagne. Hierbei erfüllen die Wiener Philharmoniker geradezu eine Vorbildfunktion. Sie stellen erst gar keine weiblichen Orchestermitglieder ein, also ist für diese musischen Männer das überstrapazierte Thema „Sex am Arbeitsplatz“ kein solches. Daneben-greifen dürfen sie höchstens auf ihren Instrumenten, aber nicht allzu oft.

„My home is my castle.“ Auch das gilt nicht mehr. Die Eingriffe staatlicher Allmacht in des Bürgers Privatsphäre durch die Wohnungstür hindurch häufen sich. Wer sich an Kinderpornografie ergötzt, wird bestraft. Recht so! Wer sich nächtliches Ehetreiben mit Gewalt verschaffen will, gehört eingelocht. Auch richtig. Aber Zwangs-Seminare für angehende Eheleute sind wohl fragwürdig. Ebenso die gesetzliche Verankerung für die Mithilfe des Ehemannes im Haushalt. Mädchen sollen zur Ableistung eines Arbeitsdienstes im Sozialbereich verpflichtet werden. Den Rauchern wird der blaue Dunst ins Gesicht geblasen. Wer sein Fahrrad besteigen will, soll sich haftpflichtversichern lassen und ein amtliches Kennzeichen mitführen. Das und noch viel mehr befindet sich regierungsseits bereits im Talon.



Schlimm ist, was die neue Verpackungsverordnung den Haushalten aufbürdet, nämlich den Müll zu sammeln, zu säubern und in sieben verschiedene Kunststoffbehälter zu verfrachten, was analytisches Denken voraussetzt. Und überdies verpflichtet, die müllverursachende Verpackungsindustrie finanziell zu beleben. Weshalb die Müll-Erzeuger und -Entsorger zur Wachstumsbranche gezählt werden können. Wie man z.B. seine ausgediente Kaffeemaschine vorschriftsmäßig los wird, ist unser Problem und nicht das der Umweltministerin. Es scheint sie auch nicht das Chaos anzufechten, das sie wegen schwieriger Durchführbarkeit ihrer Befehle im ganzen Lande angeordnet hat. Wir erleben ein klassisches Beispiel, wie leicht man sich das Regieren machen kann, ohne die einem nahe stehenden Interessensgruppen zu verärgern.

Um gegen Ende der jeweiligen Legislaturperioden darauf hinweisen zu können, brave Arbeit geleistet zu haben, wird also fleißig weitergestrickt an dem dichten Geflecht aus neuen Gesetzen, Verordnungen, Erlässen, Vorschriften und Tarifmanipulationen, ohne nach Sinn und Unsinn zu fragen oder ob wir das überhaupt haben wollen. Obrigkeitsmitglieder, die noch nicht viel geschafft haben, dürfen wenigstens Forderungskataloge ausfüllen.

So mag es uns auch nicht verwundern, wenn jede Woche irgendwelche Politiker oder Funktionäre mit weiteren Forderungen an die Öffentlichkeit treten.

Zu unserem größten Leidwesen warten wir noch immer auf die Einführung der Gurtenpflicht für Radfahrer.

Manfred Seiffert